

# Ach, vergeblich das Reisen

Immer mehr Universitäten wollen Englisch zur Verkehrssprache machen.

Ist das ein Zeichen von Weltläufigkeit?

Von Thomas Will

Englisch als neue akademische Lingua franca ist seit Längerem erklärtes Ziel europäischer Universitäten. Es soll die Internationalisierung und damit auch die europäische Integration fördern. Was bereitwillig und nahezu ohne Kritik aufgenommen wurde – im Gegensatz zu anderen Aspekten der Bologna-Reform –, ist eine zweischneidige Unternehmung. Es ist kein europäisches und schon gar kein emanzipatorisches Projekt. Eher ist es fordristisch: für bestimmte Abläufe recht praktisch. Den Preis, den man dafür bezahlt, sollte man aber benennen.

Wissenschaftler aus deutschsprachigen Ländern werden zunehmend angehalten, in akademischen Programmen den Gebrauch ihrer Muttersprache, der meistgesprochenen Sprache in der EU, im Interesse von Englisch als Verkehrssprache einzuschränken. Viele tun das gern, weil es Weltläufigkeit suggeriert. Man glaubt, das Fenster zur Welt damit weit aufgestoßen zu haben. Wir unterrichten dann in einer Fremdsprache Studenten, deren Muttersprache ebenfalls Deutsch ist, oder aber solche aus dem Ausland, die sich bewusst entschieden haben, in Deutschland ihr Studium zu absolvieren. Letzteren suggeriert man mit englischsprachigen Angeboten, die im Niveau hinter der angelsächsischen Konkurrenz zurückbleiben, das Erlernen der Sprache des Gastlandes sei entbehrlich.

Anstatt die bereichernde Mühe einzufordern, die jede kosmopolitische Vielsprachigkeit bedeutet, lädt man ein in eine akademische Community, wo fast alle auf mittlerem Sprachniveau operieren, auch wenn sie sich exzellent dabei fühlen. Dieses Milieu erweist sich für jene, die darin verharren und nicht freiwillig die Landessprache lernen, leicht als akademisches Ghetto. Viele, insbesondere asiatische Studenten verbringen ihre Studienjahre im eigenen akademischen Zirkel ohne Kontakt zum Gastland. Das fällt meist nicht auf, von einem kulturellen Austausch kann aber nicht die Rede sein. Man behandelt sie erneut, einer Tradition in Deutschland folgend, wie nützliche, aber sprachunkundige Gastarbeiter.

Eine Zeit lang waren es vornehmlich Fachhochschulen, die diese „Internationalisierung“ betrieben. Sie sahen es als Einstieg in den globalen Markt der „unternehmerischen Hochschulen“ und anglierten gerne auch gleich ihren Namen („University of Applied Sciences“). Inzwischen sind auch alle Universitäten dabei. Um Studenten aus dem Ausland anzuwerben, offerieren sie Programme in oft zweifelhafte Englisch und senken damit ihre eigenen intellektuellen Standards. Sie tun es in bester Absicht und sind damit auch erfolgreich. In Verbindung mit einem gebührenfreien Hochschulsystem rekrutieren sie überwiegend Studenten, die sich in englischsprachigen Ländern, wo sie ein angemessenes sprachliches Umfeld finden, ein Studium nicht leisten können oder nicht zugelassen wurden.

So gesehen, ist die Durchsetzung des Englischen als Verkehrssprache an den Universitäten weniger ein Beitrag zur Internationalisierung als zur Etablierung einer supranationalen Funktionalsprache für eine wissenschaftliche gated community. Das hat große Vorteile. Wie jedes

universalistische Projekt hat es aber Nebenwirkungen, die es zu bedenken gilt.

Zunächst steht außer Frage, dass die Verwendung einer Zweitsprache die sprachliche und wissenschaftliche Kompetenz mindert. Sprache wird funktionalisiert, ohne Rücksicht darauf, dass sie unsere intellektuelle Ressource schlechthin ist. Man wechselt sie nicht ohne Verlust an Präzision und Tiefe in der Argumentation und im diskursiven und assoziativen Denken. Die Verpflichtung auf eine Sekundärsprache bedeutet nicht nur einen Verzicht auf eine Wissenschaft, die auch Literatur ist – in einer Tradition wie der Webers, Wölflins, Mommsens, Adornos und anderer. Sie ignoriert auch den Erkenntnischarakter von Sprache und die je eigenen semantischen Felder der unterschiedlichen Sprachen. „Es ist ein ungeheurer Unterschied zwischen der Muttersprache und allen anderen Sprachen“, sagte Hannah Arendt in dem berühmten Gespräch mit Günter Gaus (1964): „Im Deutschen erlaube ich mir Dinge, die ich mir im Englischen nicht erlauben würde. [...] Die deutsche Sprache ist das Wesentliche, was [mir] geblieben ist [...]. Es gibt keinen Ersatz für die Muttersprache.“

## Machtmittel einer Funktionseleite

Um es mit einer persönlichen Erfahrung zu illustrieren: Mein Englisch reicht halbwegs hin (weil ich nach jahrelangen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten in einer zweisprachigen Familie lebe). Doch egal, wie geübt ich und meine fremdsprachigen Studenten im Englischen sind – das Niveau der Verständigung auf kognitiver und sozialer Ebene ist niedriger, als wenn wenigstens einer der Partner in seiner Muttersprache kommuniziert. Natürlich nutzen wir oft und gerne Englisch, weil es bei international gemischten Gruppen sinnvoll ist. Noch lieber allerdings kommuniziere ich mit unseren Erasmus-Studenten in deren eigener Sprache (ja, dann auch radebrechend) – oder meiner. „Wenn man mit jemandem in einer Sprache spricht, die er versteht, geht es in seinen Kopf. Spricht man jemanden in seiner eigenen Sprache an, geht es in sein Herz.“ (Nelson Mandela)

Dennoch kann man argumentieren, dass der Verlust an sprachlicher Komplexität und Zielsicherheit im Interesse der Vorteile in vielen Fachgebieten, vor allem in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, in Kauf zu nehmen ist. Die Anglisierung geht jedoch auch auf Kosten der Verständigung mit den nichtakademischen Schichten der Gesellschaft, der Vielfalt der Sprachwelt und damit auch der Denkstile und verbalen Kulturen.

Nun gab es privilegierte und zugleich Europa umspannende Sprachreservate der Wissenschaft seit dem Mittelalter an den aus Klöstern und Domschulen hervorgegangenen Universitäten. Als man deren letztlich hinderliche Abschottung in Richtung einer breiteren, allen verständlichen Wissenskultur öffnen wollte, hat man das Latein durch die Landessprachen ersetzt. Die katholische Kirche brauchte länger, zog aber nach. Aus den akademischen Elfenbeintürmen wurden moderne Universitäten: Orte, die offen, kommunikativ und in der Mitte der jeweiligen Landeskultur angesiedelt sind. Die Wissen-



Einer der Vorreiter der Anglizierung: die Technische Universität München

Foto Mauritus

schaften wurden Teil des sozialen, kulturellen und politischen Lebens und öffneten ihre Diskurse in alle Bereiche der Gesellschaft hinein. Seither war die Sprache der modernen Universität die Sprache des Landes und seiner Bevölkerung, nicht der Code von Gelehrten.

Nicht alle Länder haben das Glück, eine eigensprachliche Wissenschaftstradition zu besitzen. In ehemaligen Kolonien oder postimperialen Ländern ist es weiter erforderlich, für Verwaltung und höhere Bildung die Sprache der einstigen Kolonialmächte zu benutzen. Die europäischen Länder hingegen verabschieden sich freiwillig von der Integration der Wissenschaften in ihre Landeskulturen. Sie wenden sich wieder einer Zweitsprache zu, um die Universitäten an die global tonangebenden Wirtschaftseliten anzuschließen – ein verlockendes Großreich, das keine lokale Verankerung braucht.

## Instrumentelle Weltsichten

Ähnlich wie im Mittelalter die Latein schreibenden Mönche „masters of an apparatus of cultural control“ waren, ist Englisch zum Machtinstrument einer Funktionseleite geworden. Die Wissenschaft kehrt in ihren Turm zurück, auch wenn dieser deutlich größer, offener und lebendiger geworden ist. Hochschulen gewinnen dabei an internationaler Sichtbarkeit. Zugleich

behindert das instrumentelle Verständnis von Sprache die Verbreitung und Vertiefung all der Einsichten und Ressourcen, die genuiner Teil der eigenen Sprache, Kultur und Geschichte sind. Den tatsächlich internationalen und interkulturellen Austausch unter den diversen Sprach- und Fachkulturen stellen sie dafür hinten. Differenzen, Reibungen, divergierende Blicke auf die Welt bleiben unsichtbar, weil alle vermeintlich dieselbe Sprache sprechen.

Das zeigt sich auch im allgemeinen Wissenschaftsbetrieb. Bei hochrangigen Werken englischsprachiger Autoren fehlen oft sämtliche fremdsprachigen Quellen, unter der stillschweigenden Annahme, alles was wichtig sei, werde sowieso auf Englisch verlegt. Was für die Biotechnologie stimmen mag, gilt für viele Fächer nur bedingt, für die Geistes- und Kulturwissenschaften gar nicht.

Das führt zum dritten Problem: Die Durchsetzung des Englischen als Welt-sprache der Wissenschaft ist ein asymmetrisches Projekt. Für alle Nichtmuttersprachler geht es einseitig auf Kosten des inhaltlichen, formalen und sozialen Niveaus. Hier hinkt der Vergleich mit dem Latein, das als neutrale Lingua franca fungierte. Eher scheint die aktuelle Rolle des Englischen im akademischen Betrieb dem Gebrauch des Französischen im höfischen Europa des 18. Jahrhunderts und beiden höheren Ständen des Besitz- und Bildungs-

bürgertums des 19. Jahrhunderts verwandt als ein Distinktionsmerkmal privilegierter Kreise, die sich mittels der Sprache der dominierenden Kultur Europas gut vernetzen konnten.

Auch diese Asymmetrie mag man als Kompromiss betrachten, als die unvermeidliche Kehrseite jeder Vielsprachigkeit. In Veranstaltungen mit internationalem Publikum haben nun allerdings angelsächsische Muttersprachler überall die „natürliche“ Deutungshoheit. Sie merken es nicht immer. Einige denken, wie einst Missionare und Kolonialherren, es sei ein Akt der Aufklärung und des Fortschritts, wenn sie etwa italienische, tschechische oder griechische Universitäten dazu ermuntern, Englisch als Alltagssprache einzuführen.

Die als „Internationalisierung“ betriebene Anglisierung des akademischen Betriebs ist also nicht so harmlos, wie ihre hoffnungsvollen Verfechter glauben. Akademische Eliten profitieren davon – andere nicht. Ob die Universitäten als Ganzes durch ihren Wechsel in eine supranationale Sprachfamilie gewinnen, wird sich zeigen. Es ist ein funktionalistisches Projekt, dessen hegemoniale, tendenziell neokoloniale Züge man nicht übersehen sollte. Die Alternativen liegen nicht im Nationalismus und Isolationismus, sondern in der Koexistenz und Gegenseitigkeit der Kulturkreise.

Der Autor ist Professor für Denkmalpflege und Entwerfen an der TU Dresden.

# Sog des Digitalen

Der Wissenschaftsrat zu Open Access

Verschlussachen waren wissenschaftliche Publikationen eigentlich nie. Jeder konnte sie über Bibliotheken ausleihen, was mit fortschreitender Digitalisierung von manchem als Umweg empfunden wird. Der Name Open Access ist deshalb missverständlich. Er erinnert an die ideologischen Ursprünge der gleichnamigen Bewegung, die einmal glaubte, im Internet könne jeder Wissenschaftler sein eigener Verleger sein, und alles würde dort umsonst angeboten, weil die Produktionskosten gegen null gingen. Das hat sich als Irrtum erwiesen.

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag auf Open Access als Standardformat festgelegt. Nun hat der Wissenschaftsrat ein Positionspapier vorgelegt, das sich ebenfalls für den vollständigen Wechsel ausspricht. Als Argument wird angeführt, dass Publikationen schneller rezipiert, geprüft und weiterverwendet werden können, wenn sie sekundenschnell verfügbar sind. Das hat sich in der Pandemie zweifelslos als Vorteil erwiesen. Außerdem würden wissenschaftliche Ergebnisse für die Gesellschaft leichter verfügbar. Als dritter Vorteil wird benannt, dass unter Open Access keine exklusiven Rechte mehr übertragen würden und Verlage in Konkurrenz zu anderen Publikationsdienstleistern träten. Leider wird nicht gesagt, wer damit gemeint sein könnte. Die Wissenschaft hat es versäumt, eine konkurrenzfähige Alternative aufzubauen, und zugleich am Ast der Mittel- und Kleinverlage gesägt. Das könnte sich für sie rächen.

Nüchtern besehen meint Open Access eine Umstellung des Zahlungskreislaufs. Es zahlen nicht mehr die Bibliotheken für die Zeitschriften und Artikel, sondern der Wissenschaftler zahlt dem Verlag eine Publikationsgebühr. Das Geld muss er bei Gremien erwerben. Machtpolitisch bedeutet Open Access eine Umverteilung von den Wissenschaftlern zu den Funktionären, die über die Gelder bestimmen. Die Wissenschaftler dürfen im Gegenzug Metadaten einspeisen, also eine neue nicht honorierte Verwaltungstätigkeit übernehmen, denn damit die elektronischen Informationen ungehindert fließen können, müssen die Daten in ein maschinenlesbares Format gebracht werden.

Das bisherige Subskriptionsmodell wird bei der großen digitalen Transformation des Publikationswesens, in dem Informationen ungehindert fließen sollen, als Auslaufprodukt betrachtet. Wo notwendig, meinen die Autoren, können Aufsätze zusätzlich noch gedruckt werden. Im Grundsatz verabschiedet sich der Wissenschaftsrat aber vom gedruckten Wort. Langfristig will man sogar gedruckte Monographien abschaffen. Liest man ein Buch am Bildschirm?

Dass diese Umstellung kostenneutral sein kann, kann nur glauben, wer sich über die Speicher- und Bearbeitungskosten für digitale Produkte aus-schweigt. Es widerspricht auch dem Befund, dass die Publikationsgebühr konstant auf bislang durchschnittlich 1660 Euro angestiegen ist. An anderer Stelle kommen die Autoren zu der ernüchternden Prognose, dass Kostensteigerungen nicht auszuschließen seien und die Monopopolbildung wohl zunehmen wird. Denn inzwischen haben die drei großen Monopolverlage Elsevier, Springer Nature und Wiley, deren erpresserische Preispolitik seit Jahren beklagt wird, Open Access für sich entdeckt.

Mehr als neunhundert Bibliotheken und Forschungsinstitute verhandeln seit sechs Jahren unter dem Namen Deal exklusiv mit ihnen, um ihre Marktmacht zu brechen. Die bisherigen Verhandlungsergebnisse (mit Wiley und Springer Nature) haben die Hoffnung enttäuscht, man könne mit vereinter Stärke die über-teuerten Preise signifikant nach unten drücken. Vielmehr haben sie die Macht der Großverlage gegenüber ihren mittleren und kleinen Wettbewerbern gestärkt und zumindest Wiley die Lizenz gegeben, Wissenschaftler auszuspionieren und deren persönliche Daten in ihren Werbungskreislauf einzuspeisen. Die Warnung des Wissenschaftsrats vor den neuen Tracking-Methoden wirkt angesichts dessen zahllos. Reichlich spät kommt die Forderung nach mehr Wettbewerb und dem Einbezug mittlerer und kleiner Verlage, die von der Open-Access-Bewegung jahrelang pauschal als Digitalisierungshindernis diffamiert wurden. Dass von den Autoren nicht einmal diskutiert wird, welche rechtliche Handhabe die Wissenschaftsorganisationen überhaupt haben, Forschern den Publikationsweg vorzuschreiben, hinterlässt nicht den Eindruck, als würden sie die Wissenschaftsfreiheit in diesem Punkt ernst nehmen. THOMAS THIEL

# Wokeness oder Wahrheit, das ist die Frage

Jordan Peterson gibt seine Professur an der Universität von Toronto auf – was bedeutet das? / Von Axel Meyer

Vergangene Woche gab Jordan Peterson in einem Artikel in der „National Post“ bekannt, dass er seine Festanstellung als Professor an der Universität Toronto im Protest aufgibt – im vorpensionären Alter von 59 Jahren. Vor etwas mehr als fünf Jahren hätte das in Deutschland noch kaum jemanden interessiert. Mittlerweile ist Peterson jedoch zu einer Symbolfigur geworden. 2016 war der kanadische Psychologe durch ein Protestvideo gegen neue Pronomen für Studenten und eine dahin gehende Gesetzgebung im Bundesstaat Ontario international bekannt geworden. Schnell wurde er in der virtuellen und analogen Welt zum Star. Sein Youtube-Kanal, auf dem er psychologische Themen und Fragen der guten Lebensführung anspricht, hat mehr als vier Millionen Abonnenten. Immer wieder setzte er sich eloquent und vehement für Meinungsvielfalt und gegen im Namen der politischen Korrektheit geforderte Diskursbeschrän-

kungen ein. So verteidigte er auch den ehemaligen Google-Mitarbeiter James Damore, der wegen seiner Kritik an der ideologischen Homogenität und der Einstellungspolitik des Unternehmens entlassen wurde. Sein Buch „12 Rules for Life: An Antidote to Chaos“ (2018) wurde millionenfach weltweit verkauft. Auf der Tournee, auf der er es vorstellte, füllte er weltweit riesige Hallen. Tausende Zuhörer, vorwiegend Männer, zahlten, um ihn zu sehen und zu hören. Peterson wird von seinen Gegnern ins konservative Lager eingeordnet. Selbst betrachtet sich der gläubige Christ als klassischen Liberalen.

Das Video mit seiner Rücktrittsbotschaft wurde innerhalb eines Tages mehr als eine halbe Million Mal angeschaut. Finanziell braucht man sich um ihn keine Sorgen zu machen. Seine Videos, Bücher und Vorträge haben ihn reich gemacht. Aber die Gründe für seinen Rücktritt sollten jeden Akademiker

nachdenklich stimmen. An vielen angelsächsischen Universitäten müssen Bewerber für Professuren heute ein sogenanntes DEI-Statement als Teil ihrer Bewerbungsunterlagen einreichen. DEI, oder DIE, wie Peterson es verächtlich nennt, ist ein verpflichtender Text zu D (diversity = Vielfalt, gemeint ist ethnische Vielfalt, nicht Meinungsvielfalt), E (equity = Gleichheit) und I (inclusion = Inklusion). Erst wenn eine fachfremde Kommission ein solches Statement als besonders innovativ einschätzt, werden die akademischen Leistungen der Bewerber angeschaut. Diese Gesinnungsprüfung, so sieht es Peterson und nicht nur er, macht die Universitäten zu einer politisch homogenen Zone. Diese Entwicklung ist so erschreckend wie es die Verhöre in der McCarthy-Ära in den Vereinigten Staaten der Nachkriegszeit waren, die sicherstellen sollten, dass keine Sozialisten eingestellt werden.

Innerhalb von nur wenigen Jahren hat die Woke-Bewegung eine weit über die Universitäten hinausgreifende Dominanz in vielen westlichen Gesellschaften erreicht. So verlangt mittlerweile auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft in ihren Forschungsanträgen von jedem noch so speziellen Forschungsprojekt (beispielsweise zur Radionuklid-Therapie zur Behandlung von metastasierenden Tumoren) eine Erklärung, wie es plant, zu größerer Vielfalt und Chancengleichheit beizutragen. Niemand der Vielfalt und Chancengleichheit, aber Tumorforscher tun sicher mehr für die Gesellschaft, wenn sie etwas gegen Tumore tun, als wenn sie die Anzahl willkürlich definierter Hautfarben in ihren Laboren erhöhen. Seit wann sollen wir wieder auf Hautfarben achten? Hatten wir das nicht seit Martin Luther King Jr. längst hinter uns gelassen?

Eine Grundsatzdebatte über die Aufgaben von Universitäten tut offensichtlich

Not. Sollen sie sich dem sozialen Aktivismus verschreiben oder sollten sie sich nicht doch primär oder sogar ausschließlich der Suche nach der Wahrheit widmen? Wer, wie postmoderne Aktivist, nicht an Wahrheit glaubt, wird sie auch nie finden können. Zumindest beginnt sich eine Gegenbewegung zur woken Meinungsherrschaft an den Universitäten zu formieren. Die neu gegründete University of Austin will Wissenschaftlern wie Peter Boghossian und Kathleen Stock, die von ihren Universitäten vertrieben wurden, die Möglichkeit geben, mit ihren Studenten die Fragen zu diskutieren, die man andersorts nicht mehr stellen darf. Auch Larry Summers, der ehemalige Präsident von Harvard, hat sich der neuen Bewegung angeschlossen. Denn die Wissenschaftsfreiheit ist ernsthaft in Gefahr.

Axel Meyer ist Professor für Zoologie und Evolutionsbiologie an der Universität Konstanz.